

Beschlussvorlage

zu Punkt 20. für den öffentlichen Teil der Sitzung der Gemeindevertretung (Gemeinde Osterrönfeld) am Donnerstag, 28. März 2019

Sachstandsbericht und Beschlussfassung über die Errichtung einer Streuobstwiese/Blühwiese auf der Grünfläche zwischen dem Gewässer "Wehrau" und der Straße Aukamp

1. Darstellung des Sachverhaltes:

In der Sitzung des Planungs- und Umweltausschusses am 07.03.2019 haben der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Hauck und der Bürgermeister Herr Volquardts über den Antrag eines Bürgers auf Herstellung einer Streuobstwiese auf den Flächen zwischen dem Gewässer „Wehrau“ und der Straße Aukamp sowie über die ersten Recherchen der Amtsverwaltung über die Machbarkeit und Finanzierung berichtet. Die angedachte Streuobst- bzw. Blühwiese wurde in den Reihen der Ausschussmitglieder positiv aufgenommen. Herr Volquardts regte an, die Flächen südlich der Bahnhofstraße und nördlich der Wehrau ebenfalls in die Maßnahme einzubeziehen. Die detaillierte Flächenbegrenzung muss noch erfolgen. Aus den Reihen der Ausschussmitglieder wurde vorgeschlagen, dass zudem ortsansässige Imker und Naturschutzverbände in die Maßnahme einbezogen werden sollten. Weiterhin wurde auf bekannte Förderprogramme, z. B. „Schleswig-Holstein blüht auf“ oder auch Unterstützung durch den AWR, hingewiesen.

Im Planungs- und Umweltausschuss erfolgte die Vorberatung. Dabei wurde nachstehende Empfehlung entwickelt. Den abschließenden Beschluss fasst die Gemeindevertretung gem. § 5 der Hauptsatzung i. V. m. §§ 27 und 28 der Gemeindeordnung (GO) Schleswig-Holstein.

2. Beschlussvorschlag:

Es wird beschlossen, dass die Herrichtung einer Streuobstwiese/Blühwiese auf der Grünfläche zwischen dem Gewässer „Wehrau“ und der Straße Aukamp sowie auf den Flächen südlich der Bahnhofstraße und nördlich der Wehrau schnellstmöglich durchgeführt werden soll. Die Amtsverwaltung wird beauftragt, in Abstimmung mit dem Bürgermeister Fördermöglichkeiten ausfindig zu machen. Ortsansässige Imker und Naturschutzverbände sind einzubeziehen. Entsprechende Haushaltsmittel sollen im Nachtragshaushalt für das Jahr 2019 berücksichtigt werden. Der Planungs- und Umweltausschuss ist über den Fortschritt des Vorhabens laufend zu informieren.

Im Auftrage

gez.
Isabell Gnatowski